

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir hoffen, Ihnen mit unserer aktuellen Newsletter-Ausgabe Anregungen für Ihre kommunalpolitische Arbeit zu geben und die Vernetzung der Bezirksverordneten und Bürgerdeputierten zu fördern.

Ihre eigenen bezirksübergreifenden Recherchen wollen wir mit der App „Berliner BVV-Inspektor“ erleichtern.

Ihr Kommunalpolitisches Bildungswerk Berlin e.V.

I. Terminvorschau auf Veranstaltungen des KBB

- ▶ **Online-Seminar: Einführung in das öffentliche Haushaltswesen der Bezirke**
Dienstag, 29. August 2023, 17.00 - 19.00 Uhr
- ▶ **Online-Seminar: Gelassen bleiben bei hoher Arbeitsbelastung - Resilienztraining für Kommunalpolitik und Ehrenamt**
7. November 2023, 17.00–20.00 Uhr

Verbindliche Anmeldung unter der Mailadresse info@kbb-berlin.de.

II. Initiativen in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen

BVV Mitte

- **Förderung von Präventionsangeboten für Kinder und Jugendliche**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die Förderung von Präventionsangeboten für Kinder und Jugendliche im Bereich Ernährung, Bewegung und psychischer Gesundheit verstärken. Hierzu können beispielsweise Kooperationen mit Schulen, Kitas, Jugendzentren und Sportvereinen eingegangen werden, um den Zugang zu diesen Angeboten zu erleichtern. Ziel muss es sein, frühzeitig Präventionsmaßnahmen zu ergreifen, um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen langfristig zu fördern und spätere Erkrankungen zu vermeiden. Vor dem Hintergrund der Folgen der Coronapandemie und ihrer staatlichen Gegenmaßnahmen, gerade für Kinder und Jugendliche, ist die Bedeutung dieser Präventionsmaßnahmen nur noch gestiegen.
- **Evaluation der Mühlenstube – nicht die Anwohner vergessen!**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll im Zuge der Evaluation der

Mühlenstube die Anwohner im Rahmen mindestens einer Anwohnerveranstaltung beteiligen und ihr Feedback in die Evaluation mit aufnehmen. Die Informationsveranstaltung vom 23.05.2023 hat sehr eindringlich bewiesen, wie groß die Widersprüche zwischen Verwaltungshandeln und Fokus auf die Bedürfnisse der drogenkranken Menschen auf der einen Seite und den berechtigten Interessen der Anwohner/Anrainer auf der anderen Seite sind. Sollte sich der Eindruck bei letzterer Gruppe verstärken, dass ihre Anliegen im besten Fall mit freundlichem Desinteresse behandelt werden, würde das nicht zum Verständnis für die Notwendigkeit von Hilfsangeboten beitragen.

– **Menschen mit Behinderungen und pflegebedürftige Menschen im Katastrophenfall**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen oder Pflegebedarf sowie ihre Angehörigen und Betreuenden auf die Möglichkeit hingewiesen werden, sich im Notfallregister des Vereins „Notfallregister“ (<https://www.notfallregister.eu/>) zu registrieren und prüfen, inwiefern ein vergleichbares Register auch vom Bezirk für Personen mit Behinderungen oder Pflegebedarf eingerichtet werden könnte und sich dem Senat gegenüber für ein berlinweites vom Land betriebenes Notfallregister einsetzen, sofern dies sinnvoll erscheint.

– **Kosten der „Klima-Kleber-Aktionen“ den „Klima-Klebern“ in Rechnung stellen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll Kosten, die dem Bezirk durch „Aktionen“ sogenannter „Klima-Kleber“ entstehen, z.B. Beseitigung von Asphalt Schäden, Farbschmierereien usw. den „Aktivisten“ selbst in Rechnung stellen. Hierzu sind die juristischen Voraussetzungen schnellstmöglich, ggf. in Abstimmung mit den anderen Bezirken und dem Land Berlin zu schaffen. Die Schäden von sogenannten „Klima-Klebern“ sind immens. Fahrbahnschäden, Farbschmierereien usw. verursachen Schäden, die bislang von den Steuerzahlern beglichen werden müssen. Ein unhaltbarer Zustand. Die Bezirke stehen vor den Haushaltsberatungen, die voraussichtlich empfindliche Kürzungen beinhalten werden. So wäre es nicht vermittelbar, mutwillig verursachte Schäden aus dem ohnehin angespannten Bezirkshaushalt begleichen zu müssen.

– **Fünf Minuten nach 12 Uhr / Klimawandel fordert schnelles Handeln**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll einen Hitzeschutzplan für den Bezirk erstellen. Zusätzlich zur Erstellung des Plans sollen auch kurzfristig Maßnahmen identifiziert werden, die schnell und kostengünstig bereits jetzt im Sommer 2023 umgesetzt werden. Aufgrund des neuesten Berichtes des Weltklimarates IPCC und der ca. 3000 Hitzetoten nach den Hitzewellen Juni/Juli 2022 (Statistisches Bundesamt) ist es dringend notwendig, vorbeugende Maßnahmen zu ergreifen, die in Hitzeschutzplänen zusammengefasst werden. Dadurch wird ein Schutz für vulnerable Bevölkerungsgruppen geschaffen wie: Menschen, die im Freien und in

Bereichen mit starker Wärmeentwicklung arbeiten, alte und pflegebedürftige Menschen, Säuglinge, schwangere Personen, obdach- oder wohnungslose Menschen, Menschen mit bestimmten Behinderungen oder Erkrankungen usw.

BVV Friedrichshain-Kreuzberg

- **Umwandlung des Böcklerparks in eine Premiumgrünfläche**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die Grünfläche des Böcklerparks in eine Premiumgrünfläche umwandeln. Um den Böcklerpark herum wohnen viele Familien aus sozialschwachen Verhältnissen und ältere Menschen. Der Böcklerpark wird intensiv und täglich von den Anwohnern genutzt, weshalb es wichtig ist den Park in einem guten Zustand zu erhalten, damit auch die Lebensqualität der Anwohner nicht sinkt. Die tägliche Nutzung hinterlässt Spuren, weshalb es notwendig ist die Grünfläche besser zu pflegen und ihr einen höheren Stellenwert zuzuschreiben. Immer öfter findet man in den Büschen und auf den Wiesen Spritzen, Alufolien, Löffel und weitere Hilfsmittel für den Drogenkonsum. Diese Zustände sind besorgniserregend. Die Umwandlung in eine Premiumgrünfläche würde dafür sorgen, dass dem Böcklerpark ein höheres Budget zugeschrieben wird und somit eine bessere Erhaltung ermöglichen.
- **Älter werden und trotzdem informiert bleiben**
Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll die Begegnungsstätten und Treffpunkte für Seniorinnen und Senioren besser ausschildern und ihre Angebote bekannter machen. Das Bezirksamt wird beauftragt die Begegnungsstätten in Zusammenarbeit mit Grün Berlin, angelehnt an das touristische Wegeleitsystem für Berlin, aufzulisten. Viele Seniorinnen und Senioren leiden unter Einsamkeit und freuen sich, wenn sie die bezirklichen Begegnungsstätten besuchen.

BVV Pankow

- **Netzwerk der Abkühlung für Pankow**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll sich auf Landesebene für eine Änderung der Förderkriterien des „Netzwerks der Wärme“ einsetzen, um die nicht abgerufenen Mittel für ein Netzwerk der Abkühlung in den Sommermonaten zu nutzen. Dabei sollen an den teilnehmenden Orten niedrigschwellige Angebote zum Hitzeschutz, wie ein kühler Ort zum Ausruhen, ein kühles Getränk, Fächer zum Luftfächern und Sonnenschutzmaßnahmen, z.B. Sonnencreme, angeboten werden. Insbesondere in der Stadt mit einer hohen Versiegelungsdichte und starken Verkehrsflüssen kann Hitze zur großen Belastung und Gesundheitsgefahr werden. Das Netzwerk der Wärme hat im Winter 2022/23 gezeigt, dass diverse gesellschaftliche Akteure und Orte Interesse an einer Öffnung in die Gesellschaft für soziale Anliegen haben. Auf diese bestehende

Netzwerkstruktur sollte zurückgegriffen werden, um vulnerablen Bevölkerungsgruppen Orte der Abkühlung zu bieten.

– **Speedanzeigen für den Radverkehr**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll unseren Bezirk bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt als Pilotbezirk zur Erprobung von Speedanzeigen für den Radverkehr bewerben. Als Beispiel können die von der Stadt Hamburg genutzten "PrioBike Fahrradsäulen" mit dazugehörigen Geschwindigkeitsbeschilderungen dienen. Auf Landesebene sollen Pilotprojekte zur Einführung von sogenannten Speedanzeigen für Radfahrer eingeführt werden. Ziel ist, eine „grüne Welle“ für Radfahrer auf bestimmten Strecken. Dies soll zum einen den Komfort für Radfahrer steigern, indem Stopps an Ampeln vermieden werden, zum anderen die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer erhöhen, indem das Überfahren von Ampeln bei rot reduziert wird.

– **Ukrainische Bücher der Stadtbibliothek Karow bei ukrainischen Flüchtlingen bekannt machen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die Möglichkeit der Ausleihe und der Nutzung von Büchern in ukrainischer Sprache in der Stadtbibliothek Karow bei Multiplikatoren der ukrainischen Flüchtlinge bekannt machen. 416 Romane, Kinder- und Schulbücher hat die Ehefrau des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, Olena Selenska, der Stadt Berlin zur Verfügung gestellt. Damit haben ukrainische Flüchtlinge auch in Berlin Zugang zu Literatur in ihrer Muttersprache. Einer dieser acht bedachten Standorte ist die Stadtbibliothek Karow mit etwa 80 Büchern. Die Aktion „Ukrainisches Bücherregal“ unter der Schirmherrschaft Selenskas ist inzwischen in 20 Ländern weltweit vertreten. Bereits seit dem vergangenen Jahr setzen sich überdies die Stadtbibliothek Pankow mit allen Stadtbibliotheken und der Verein FamilienMut e. V. gemeinsam beim Projekt „Ankommen unter Freunden – П р и в і т , д р у з і „ dafür ein, dass eine ganze Buchabteilung für ukrainische Kinder- wie auch Erwachsenenbücher entsteht.

– **Ausstellung „Was hattest du an?“ in Pankow zeigen**

Fraktion der CDU, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll, ggf. in Zusammenarbeit mit geeigneten Partnern, Möglichkeiten schaffen, die Ausstellung „Was hattest du an?“ im Bezirk zu zeigen. Dies kann zum Beispiel im Rahmen zum Internationalen Aktionstag „NEIN zu Gewalt an Frauen“ erfolgen. "Was hattest du an?" ist eine Frage, die Betroffenen von sexuellen Übergriffen viel zu oft gestellt wird und impliziert, dass sie eine Teilschuld am Übergriff haben. Mit der Ausstellung soll genau dafür sensibilisiert werden, dass eine Straftat nie von den Betroffenen zu verantworten ist und sie keine Schuld trifft. Da die Ausstellung im Jahr 2023 bereits ausgebucht ist, sollte das Bezirksamt sich bemühen, diese in 2024 in den Bezirk zu holen. Die Ausstellung ist eine weitere Möglichkeit, das Thema sexuelle Gewalt aus der Tabuzone zu holen.

– **Landesgleichberechtigungsgesetzes (LBGB) für den Bereich Kinder und Jugend in Pankow vorantreiben**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll eine Projektplanung mit Meilensteinen und konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes sowie des Landesgleichberechtigungsgesetzes erstellen. Das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) ist im Spätsommer 2021 durch den Bund verabschiedet worden. Es fehlt jedoch noch die zum 1. Januar 2028 umzusetzende Gesamtzuständigkeit durch die Jugendämter für alle Kinder und Jugendlichen. Diese kann erst als letzte Stufe der SGB-VIII-Reform umgesetzt werden, wenn Bundestag und Bundesrat bis Ende 2027 ein Bundesgesetz beschließen, welches die Einzelheiten konkret regelt. Es gilt nun im Bezirk den Übergang transparent zu gestalten, auch um auf das kommende Bundesgesetz vorbereitet zu sein. Weiterhin gilt das Landesgleichberechtigungsgesetz als parallel existierende Vorschrift, welches bei „Diskriminierung durch Unterlassen“ Klagemöglichkeiten eröffnet. Dies gilt es zu vermeiden.

– **Rettet die Kiezkeipe – Kneipengipfel zur Unterstützung der Pankower Gastronomie einberufen**

Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll eine Strategie zur Unterstützung für von Verdrängung bedrohte Gastronomie entwickeln. In einem ersten Schritt soll das Bezirksamt einen Kneipengipfel einberufen, um in einen Dialog mit Gastronominnen und Gastronomen darüber einzutreten, welchen Herausforderungen die Branche aktuell gegenübersteht und welche Unterstützungsmöglichkeiten seitens des Bezirks gesehen werden.

– **Mehr Schutzplätze für Frauen und Kinder**

Fraktion der CDU, Gruppe der FDP: Das Bezirksamt soll sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, mehr Frauenschutzplätze einzurichten und kontinuierlich weiter auszubauen. Hierfür soll eine Bedarfsanalyse anhand von Meldungen und der Lage der vorhandenen Einrichtungen vorgenommen werden und hierbei auch die Situation mitgenommener Söhne im Alter größer 14 Jahre geprüft werden, welche zum Teil nicht toleriert werden, für die es im Rahmen der Jugendhilfe jedoch auch eine Unterbringungslösung geben muss. Das Bezirksamt soll Informationen zur Unterstützung von durch Gewalt bedrohter Frauen und Kindern bereitstellen und auf der Webseite mind. den Kontakt zu zentralen Stellen wie BIG ausweisen und hierbei die Hilfsangebote konkret zu benennen.

– **Kulturorte für Menschen mit Migrationsgeschichte - Vielfalt in Pankow fördern!**

Fraktion Die Linke: Das Bezirksamt soll prüfen, ob die Idee der Human Library® oder ein ähnliches Konzept für bezirkseigene Kulturorte – wie z.B. unsere Bibliotheken, Volkshochschulen – und für freie Träger, möglich wäre. Hierbei sollen Orte mit viel Zuwachs von Menschen mit Migrationsgeschichte eruiert werden, um dort einen regelmäßigen Austausch unter den Anwohnenden zu festigen. Wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft

zusammentreffen, wird oft Spannung erzeugt, nicht weil diese von Natur aus feindselig sind, sondern weil diese einander fremd fühlen und so Stereotype oft verstetigt werden. Human Library®[1] ist ein Konzept, das in Dänemark im Jahr 2020 ins Leben gerufen wurde. Ziel ist ein Abbau von Vorurteilen, sozialer Ausgrenzung und Stigmata. Teilnehmende können sich untereinander austauschen und einander Fragen stellen. Die Human Library® schafft dafür einen sicheren Raum mittels eines Dialoges, in dem Themen offen zwischen 'menschlichen Büchern' und ihren 'Lesern' diskutiert werden.

– **Gegen das Vergessen: Die Stolperstein-App mit Pankows Möglichkeiten verbreiten**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die App für Stolpersteine bewerben. Mittlerweile finden sich die Stolpersteine in über 1.000 deutschen Ortschaften und Städten und in 21 Ländern. Das Kunstprojekt gilt als das größte dezentrale Mahnmahl der Welt und richtet den Blick auf die Menschen, die während des NS-Regimes verfolgt, ermordet, deportiert oder vertrieben wurden. Seit kurzem können Interessierte sich mit einer neuen App zu den verlegten Stolpersteinen leiten lassen. In der App sind allein für Berlin 9295 Stolpersteine verzeichnet.

– **Cybergrooming und Cybermobbing - Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt im Internet**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll gemeinsame regelmäßige Aktionen oder Projektstage mit den Einrichtungen und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe vereinbaren, um die Themen Cybergrooming und Cybermobbing für Kinder unterschiedlichen Alters aufzubereiten. Die Präventionsbeauftragten der Polizei sollen ebenfalls einbezogen werden. Cybermobbing und Cybergrooming sind gewichtige Problemfelder. Sie sind von höherer Relevanz, seit Kinder auch im Rahmen der letzten Jahre mangels Alternativen mehr Zeit vor digitalen Geräten verbringen – und vielleicht auch mehr Zeit allein.

– **Finanzielle Mittel für „Kunst am Bau“ an Schulen reduzieren und freigewordene Mittel für Schulbauten einsetzen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen dafür einsetzen, dass die Allgemeine Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins bei Bauvorhaben im Zusammenhang mit Schulen im Abschnitt II 130 Kunst am Bau/Kunst im Stadtraum ausgesetzt wird. Monetäre Mittel zum Einsatz für Schulbaumaßnahmen sind eine sehr begrenzte Ressource. Der Berliner Senat hat die zu investierenden Mittel für Schulen massiv gekürzt. Daraus resultiert der Umstand, dass angemeldete Baumaßnahmen nicht in dem Umfang durchgeführt werden können, wie dies nötig wäre. Pankow hatte 32 Baumaßnahmen angemeldet, wobei nur noch fünf finanziert werden können. Es ist nicht verständlich, dass von diesen knappen Mitteln noch „Kunst am Bau“ mitfinanziert werden muss, obgleich diese monetären Mittel in der derzeitigen Zeit für weitaus wichtigere Vorhaben genutzt werden können.

– **Wasserdurchlässige Oberflächen für Parkplätze**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll bei der Anlage von neuen Parkplätzen und bei der Erneuerung bestehender Straßen mit Parkplätzen permeable Oberflächen anstatt herkömmlichem Asphalt verwenden. Dabei soll auch auf eine angemessene Bepflanzung der Parkplätze geachtet werden. Das Bezirksamt soll ferner eine Förderung der Maßnahme prüfen. Durch die Verwendung von permeablen Oberflächen auf Parkplätzen würden Grünflächen entstehen, was die Umweltqualität erheblich steigern und einen Beitrag zum urbanen Klimaschutz leisten würde. Die Entsiegelung bestehender Parkplätze würde auch einen Beitrag zu einem besseren Regenwassermanagement leisten, da es zu einer besseren Versickerung von Regenwasser und damit bei Starkregen-Ereignissen zu einer Reduzierung der Überschwemmungsgefahr führen würde. Es würde außerdem für eine bessere Belüftung des Bodens und eine Verringerung von Schadstoffen im abfließenden Regenwasser gesorgt. Nicht zuletzt würden die Abwassersysteme der Stadt entlastet, da Regenwasser direkt im Boden versickern kann.

BVV Charlottenburg-Wilmersdorf

– **Die Berliner müssen wohnen UND arbeiten: Gewerbeflächen in Flächennutzungsplänen erhalten**

Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll beim Senat von Berlin einfordern, dass die bestehenden Flächennutzungspläne für Gewerbeflächen nur dann zum Nachteil von Gewerbeflächen geändert werden, wenn gleichzeitig im gleichen Umfang neue Gewerbeflächen an anderer Stelle im Bezirk ausgewiesen werden. Die kurzfristige Verlockung ist groß, diese Flächen für Wohnbebauung freizugeben, da der Wohnungsbau derzeit wirtschaftlich attraktiver ist. Gewerbeflächen sind nicht nur Arbeitsort für viele Berliner, sondern auch notwendige Fläche für die Versorgung der in Berlin lebenden Menschen mit notwendigen Gütern aller Art.

– **Ausweisdokumente per Fahrradkurier ausliefern**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll einen Service für die Zustellung von Personalausweisen oder Reisepässen per Fahrradkurier an einem gewünschten Tag, zu einem gewünschten Ort (Wohnort oder Arbeitsplatz) innerhalb Berlins den Bürgerinnen und Bürgern anbieten.

– **Falschparken zulasten des Fußverkehrs wirkungsvoll unterbinden**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll bei Instandhaltungsarbeiten an Kreuzungen, Umsetzungen von Gehwegvorstreckungen oder Querungshilfen für den Fußverkehr, Poller oder Fahrradbügel so aufstellen, dass das Parken von KfZ an unübersichtlichen Straßenstellen, auf den Fußgängerüberwegen, sowie 5 Meter vor bzw. 10 Meter nach Lichtzeichen oder im Halteverbot unmöglich wird. An bereits

umgesetzten Gehwegvorstreckungen soll mit weiteren Pollern nachgebessert werden.

– **Freie Fahrt für Rettungsfahrzeuge**

Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll zusammen mit der Feuerwehr eine Kampagne ins Leben rufen, die besonders motorisierte Verkehrsteilnehmer sensibilisiert, ihr Fahrzeug so abzustellen, dass Rettungsfahrzeuge ungehindert vorbeikommen.

– **Graue Energie erhalten - Weiterentwickeln im Bestand**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll in der Bauberatung und bei Genehmigungen auf die Weiterentwicklung im Bestand achten, um graue Energie zu sparen. Sollte ein Abriss unvermeidbar sein, ist eine hohe Recycling-Quote anzustreben. Beim Neubau ist auf klimaneutrale und wiederverwertbare Baustoffe zu achten.

– **"Herzlich Willkommen - kaputte Zähne"**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll gemäß der gesetzlichen Grundlage für die zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen an Schulen § 52 Schulgesundheitspflege GDG trotz der bestehenden Haushaltssperre die freien Stellen für die Zahnmedizin im Gesundheitsamt ausschreiben, da die Aufgaben des Zahnärztlichen Dienstes ab dem 01.09.2023 in Charlottenburg-Wilmersdorf nicht mehr gewährleistet ist. Das grundlegende Ziel ist die Förderung der Kindergesundheit. Entsprechend des §52 GDG sollen alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gesunde Zähne in einem gesunden Mund und gleiche Zugangschancen zu präventiven und kurativen Angeboten haben. Dazu führen die Zahnärztlichen Dienste des Gesundheitsamtes Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention bei Kindern und Jugendlichen durch. Diese Maßnahmen werden insbesondere durch standardisierte zahnärztliche Untersuchungen zur Früherkennung und Beobachtung der gesundheitlichen Verhältnisse im Zahn-, Mund- und Kieferbereich der Kinder und Jugendlichen gewährleistet.

– **Denn sie wissen nicht, was sie tun - Psychiatrische Pflichtversorgung**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die gesetzliche Vorschrift des § 3 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG) trotz der bestehenden Haushaltssperre einhalten und die Ausschreibung einer Stelle als psychiatrischer Koordinator/ Koordinatorin bewilligen. Gemäß § 3 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (GDG) ist es erforderlich, um die Versorgung psychisch kranker Menschen sicherzustellen, ein aufeinander abgestimmtes und verbindliches Versorgungssystem vorzuhalten. Die daran beteiligten Leistungsträger sind zur Versorgung psychisch erkrankter Menschen verpflichtet. Im Land Berlin wurde zur Durchsetzung einer solchen Pflichtversorgung das Psychiatrieentwicklungsprogramm geschaffen. Darin wird für jeden Bezirk im komplementären Bereich ein einheitliches Versorgungssystem festgelegt. In ihm werden die Art der Versorgungsangebote und die entsprechenden Kapazitäten festgelegt. Ziel ist die Gewährleistung einer gemeindeintegrierten Versorgung.

- **Hochzeitstermine online buchen**
Fraktion der CDU, Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll eine Möglichkeit schaffen, dass Menschen, die im Standesamt die Ehe schließen wollen, über einen voll digitalisierten Vorgang nicht nur die Eheschließung anmelden, sondern sich auch entsprechende Termine für eine standesamtliche Trauung vorreservieren können. Bei der völdigitalisierten Eheschließung ist darauf abzustellen, dass Nachweise und Urkunden, die im Bezirksamt vorliegen, künftig als Service vom Standesamt selbst zum Beispiel vom Bürgeramt (Meldebescheinigung) oder von der Urkundenstelle des Standesamtes (z.B. Geburtsurkunde) eingeholt werden.
- **Separate Sanierung von Schultoiletten ermöglichen und zügig umsetzen!**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass ein separater Sanierungszyklus von Schultoiletten wieder ermöglicht und zügig umgesetzt wird. Aus der Antwort auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion Drks. 0704/XXI ging hervor, dass im Zuge der Schulbauoffensive Sanierungsmaßnahmen bei Schulen nur in Gänze erfolgen. Da Sanitäreinrichtungen, insbesondere in öffentlichen Gebäuden, stärkerem Verschleiß unterliegen und eine höhere Anzahl von Nutzern aufweisen als andere Gebäudeteile, haben sie auch höhere Bedarfe zur Aufrechterhaltung grundlegender Hygienestandards. Sie sollten daher nicht an einen jahrzehntelangen Sanierungszyklus der Gesamtimmobilien gekoppelt sein. Darum möge das Bezirksamt sich auf Landesebene, gerne im Verbund mit den anderen Bezirken, für eine Möglichkeit zur vorgezogenen Erneuerung einsetzen.
- **Sicherheitskonzept für das Rathaus und die Mitarbeitenden überarbeiten**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll das aktuelle Sicherheitskonzept für das Rathaus Spandau und seine Mitarbeitenden überarbeiten und ein ganzheitliches und sinnvolles Sicherheitskonzept erstellen und umsetzen, das den Mitarbeitenden ausreichend Schutz am Arbeitsplatz bietet sowie möglichst effektiv vor Einbrüchen und Diebstählen schützt. In der Vergangenheit kam es im Rathaus Spandau mehrfach zu Vorfällen wie beispielsweise Einbrüchen oder Übergriffen gegenüber den Mitarbeitenden. Das aktuelle Konzept wirkt veraltet und unzureichend, da es mehr die potenzielle Gefährdungsbewertung am Einzelarbeitsplatz als ein ganzheitliches Sicherheitskonzept mitsamt den Zugangsmöglichkeiten in den Blick nimmt.
- **Notwendige Untersuchungen zur Barrierefreiheit ermöglichen!**
Fraktion Die Linke: Das Bezirksamt soll im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushalts 2024/25 Haushaltsmittel bereitstellen, mit denen ein Überblick über alle derzeit barrierefreien Orte im öffentlichen Raum erstellt werden kann.

- **Überwuchs beseitigen**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich beim Berliner Senat und der BSR dafür einsetzen, dass bei der BSR die notwendigen Strukturen geschaffen werden, damit die BSR zugewachsene Geh- und Fahrradwege unmittelbar vom Bewuchs befreit, ohne dass es hierzu einer vorherigen Beauftragung durch das bezirkliche Tiefbauamt bedarf. Für die Beseitigung des Überwuchses ist die BSR zuständig, diese wird allerdings nur nach Auftrag tätig. Da die BSR den Zustand der Geh- und Fahrradwege durch die Straßenreinigung kennt, ist dies ein unnötiger bürokratischer Akt.
- **Die im Jahr 2022 und 2023 durch den alten Senat beschlossene Stellenverteilung im Bezirksamt korrigieren**
Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die Zuteilung der Stellen (sogenannte „200+200 Stellen“), die im Rahmen der Verstärkung der kommunalen Verwaltung im Jahr 2022 durch den alten Senat bereitgestellt wurden, neu verteilen. Durch die vom alten Senat vorgelegte und vom Bezirksamt umgesetzte Clusterbildung der zusätzlichen Personalmitel, die im Jahr 2022 verteilt wurden, finden etwa 80% aller Stellenaufwüchse in den Abteilungen „Finanzen, Personal“, „Umwelt und Verkehr“ und „Jugend, Familie“ und „Gesundheit“ statt. Andere Abteilungen erhalten gar keine oder nur sehr wenige zusätzliche Stellen, obschon der Mehraufwand besonders in den Leistungsbehörden des Bereichs Soziales stattfindet und bis auf weiteres auch weiter stattfinden wird.
- **Ausweitung des Besuchsdienstes über ganzen Bezirk**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD, Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll sich gegenüber dem Senat dafür einsetzen, dass das erfolgreiche Programm der „Berliner Hausbesuche“ nach Möglichkeit über die Pilotregionen in den Bezirken ausgeweitet werden kann, sofern dies von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern gewünscht wird. Das Besuchsprogramm „Berliner Hausbesuche“ erfreut sich großer Beliebtheit. Senioren ab 70 Jahren werden auf Wunsch zuhause besucht und auf die Vielfalt von Unterstützungsangeboten im Bezirk hingewiesen. Nach einer großen Werbekampagne im Herbst 2022 haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger großes Interesse daran gezeigt. "Berliner Hausbesuche" ist ein Pilotprojekt der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege und wird derzeit in Pilotregionen umgesetzt.
- **Zertifikate für Muttersprachler*innen**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD, Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll in den Volkshochschulen Vorbereitungskurse zu den telc-Zertifikatsprüfungen speziell für Muttersprachlerinnen und Muttersprachler anbieten. Zudem wird es gebeten zu prüfen, welche häufig gesprochenen Muttersprachen im Angebot fehlen. Sprachzertifikate bieten eine Möglichkeit, die Sprachfähigkeiten auch objektiv nachzuweisen und die eigenen Kenntnisse besser auszunutzen. Die Vorbereitungskurse sollen helfen, die Lücke zu schließen, die viele Menschen erleben, die mit einer

Familiensprache aufwachsen, die nicht auch Schulsprache ist. Sie können hier gut auf das jeweils geforderte sprachliche Niveau vorbereitet werden.

– **Schulwegpläne aktualisieren**

Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll die Schulwegpläne aktualisieren und sie den jeweiligen Schulen zur Verfügung stellen. Die Schulwegpläne mit Stand 2017 sind nach der Verabschiedung des Mobilitätsgesetzes veraltet. Gerade Fragen der Schulwegsicherheit haben eine hohe Bedeutung und immer mehr Schulgemeinschaften machen sich hier für Verbesserungen stark. Gleichzeitig sind in den Schulen teilweise die Schulwegpläne nicht hinlänglich bekannt.

– **Fahrradlenkung auf dem Hauptweg Stadtpark Steglitz**

Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll prüfen, ob auf dem Hauptweg im Stadtpark eine Seite mit Markierungen für Radfahrende gekennzeichnet werden kann. Der Hauptweg wird von vielen Fußgängerinnen und Fußgängern und auch Radfahrenden genutzt. Die Breite des Hauptweges könnte es erlauben die eine Hälfte des Weges für Radfahrende zu kennzeichnen, um die Sicherheit aller Parknutzenden zu erhöhen. Gleichfalls ist natürlich dafür Sorge zu tragen, dass der Hauptweg nicht zu einer Rennstrecke wird: In Grünanlagen haben weiterhin Fußgängerinnen und Fußgänger den Vorrang.

– **Informationskampagne zur Fütterung von Vögeln und anderen Stadttieren**

Fraktion der FDP, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll prüfen, seine bestehenden Informationen zum sensibilisierten Umgang mit Vögeln und anderen Stadttieren auf weitere Park- und Grünflächen auszudehnen (beispielsweise über Flyer, Schilder, persönliche Ansprachen durch Mitarbeiter des Ordnungsamts oder Parkläufer). Diese sollen insbesondere thematisieren, dass regelmäßige Fütterungen der Tiere zu starken Verschmutzungen im öffentlichen Raum führen und die Tiere verlernen, sich selbstständig zu versorgen. Zwar ist es in Berlin nicht untersagt, beispielsweise Tauben zu füttern, doch kann dies vermehrt wahrgenommen werden, was zu starker Verunreinigung in Parks, Grünanlagen und öffentlichen Plätzen führt. Dies wiederum kann eine Ordnungswidrigkeit darstellen.

– **Wohnraum für Personal und Auszubildende des Bezirksamtes**

Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll prüfen, ob ungenutzter Wohnraum im Fachvermögen des Bezirkes für Betriebswohnungen zur Verfügung gestellt werden könnte. Solche Wohnungen sollten an einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag beim Bezirksamt gebunden sein. Bei einem Arbeitgeberwechsel fielen die Dienstwohnungen ans Bezirksamt zurück. Mit solchen Betriebswohnungen gewänne man enorm an Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt.

– **Respekt durch Präsenz - uniformierte Einsatzkräfte in die Mitte unserer Gesellschaft rücken**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich gemeinsam mit den zuständigen Stellen zeitnah dafür einsetzen, dass die Behörden und Organisationen, die unsere Sicherheit und Ordnung gewährleisten, unter anderem Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Ordnungsamt und Bundeswehr, regelmäßig in allen Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen des Bezirks ihre Tätigkeit vorstellen oder Kooperationsveranstaltungen durchführen können. Nicht erstmalig, aber in seiner Dimension dramatisch, hat die Silvesternacht 2022/23 in Berlin offengelegt, dass in Teilen unserer Gesellschaft eine fundamentale Ablehnung insbesondere uniformierter Sicherheits- und Rettungskräfte vorherrscht. Ein kleiner, aber wirksamer Baustein zur Bekämpfung solcher Gewaltexzesse ist die Erhöhung der Präsenz und der Kontakt mit den staatlichen und ehrenamtlichen Sicherheits- und Rettungskräften in den Einrichtungen, die von jungen Menschen besucht werden und in denen man nahezu alle Kinder und Jugendlichen und damit auch viele Familien, die dem Staat ablehnend gegenüberstehen, erreicht.

– **Evaluierung des Nachtlichter-Projekts**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die zeitlich befristete örtliche Ausweitung des Nachtlichter-Projekts mit einer Evaluierung begleiten. Insbesondere ist zu evaluieren, ob eine reale Verbesserung der Sicherheitslage zu verzeichnen ist und wie sich die Zahl und Art von Nachbarschaftsbeschwerden im Kiez entwickelt hat. Nur auf der Grundlage valider Zahlen und Fakten kann objektiv bewertet werden, ob die Nachtlichter zu einer messbaren Verbesserung führen oder ob andere Maßnahmen notwendig sind wie beispielsweise eine mobile Polizeiwache im Bereich des Nollendorfplatzes.

– **Regenwassertonnen auf Gehwegen auch in unserem Bezirk!**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll im Rahmen eines Modellversuchs die Aufstellung von Regenwassertonnen auf geeigneten Gehwegen unterstützen. Teil des Modellversuchs ist eine Auswertung der positiven und negativen Erfahrungen mit der Nutzung von Regenwassertonnen im Alltagsbetrieb. Dabei sind die Belange von Menschen mit Behinderung zu berücksichtigen. Der Nutzung von Regenwasser kommt in den Städten angesichts von längeren Dürreperioden und Starkregenereignissen eine immer größere Bedeutung zu. Eine von vielen Ideen sind Sammeltonnen für Regenwasser, die an die Fallrohre angeschlossen werden und deren aufgefangenes Wasser zum Gießen der Straßenbäume genutzt werden kann. Erste Projekte hierzu sind auch in Berlin bereits gestartet. So hat das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf diese Tonnen bereits als „genehmigungsfreien Anliegerbedarf“ eingestuft.

– **Alte Radwege zurückbauen**

Fraktion der SPD, Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll Radwege, welche nicht mehr benutzungspflichtig und schmaler als einen Meter sind,

zurückbauen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass ein neuer, sicherer Radweg oder Radangebotsstreifen eingerichtet wurde. Hierbei sollen vorrangig die Radwege zurück gebaut werden, wo durch den Rückbau zusätzliche Fläche für den Fußverkehr gewonnen werden kann und die Barrierefreiheit erhöht wird.

– **Hauptverkehrsstraßen entlasten – vorausschauend planen!**

Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll zusammen mit den zuständigen Stellen ein Konzept erstellen, wie die Hauptverkehrsstraßen entlastet werden können. Schwerpunkte sollen dabei die Luft- und Lärmbelastung durch alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer auf den Hauptstraßen sein sowie der Einfluss von Wohnbauprojekten und anderen städteplanerischen Projekten, z.B. Kiezblöcke und der Ausbau des übergeordneten Radnetzes auf die Verkehrsströme. Die Maßnahmen des Berliner Luftreinhalteplanes sollen miteinbezogen werden. Das Ergebnis des Konzeptes soll kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen beschreiben, um gezielt Anwohnende der Hauptverkehrsstraßen gesundheitlich zu entlasten.

– **Stadtumbau wissenschaftlich begleiten, Nachwuchs fördern!**

Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll für ausgewählte Projekte im Rahmen der Mobilitätswende gezielt wissenschaftliche Forschungsprojekte für Studierende und Forschende an Fach- und Hochschulen ausschreiben. Viele der Projekte im Rahmen der Mobilitätswende wie z.B. Sommerstraßen, Kiezblöcke, geschützte Radwegeanlagen und Fahrradstraßen sind neue Konzepte, deren positive und negative Auswirkungen noch nicht bekannt sind. Um die Akzeptanz zu fördern und die Diskussion zu versachlichen ist es wichtig, Daten zu sammeln und Auswirkungen zu erfassen. Mit der Ausschreibung von Studienprojekten wird weiterhin der Nachwuchs von kompetenten Verkehrs- und Stadtplanerinnen und Stadtplanern gefördert, der in Zukunft helfen wird, offene Stellen in diesem Bereich zu besetzen.

– **Regenwasser nicht weiter verschwenden**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll prüfen, wo und in welchem Umfang bei bezirkseigenen Gebäuden Regenwasser aufgefangen und zur Bewässerung genutzt werden kann. In dem fortschreitenden Klimawandel und den damit einhergehenden langen Hitzephasen kann gesammeltes Regenwasser für eine längere Zeit als Gießwasser verwendet werden. Die trockenen Sommer der letzten Jahre haben gezeigt, dass Niederschläge während dieser Jahreszeit seltener werden. Durch die Nutzung von Regenwasser entfallen die Gebühren, die sonst an die Berliner Wasserwerke zu entrichten sind. Die eingesparten Wassergebühren sorgen über einen längeren Zeitraum für eine Refinanzierung der notwendigen Investitionen.

– **Ein Regenwasserkonzept für bezirkseigene Grundstücke**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll für den Bezirk ein Regenwasserkonzept für die bezirkseigenen Grundstücke erstellen. Dabei soll ein Schwerpunkt insbesondere auf die Schaffung zusätzlicher

Versickerungsflächen und auf die bessere Nutzung von Regenwasser gelegt werden, beispielsweise durch Bau von Zisternen. Zudem soll das Bezirksamt bei Neubauten beziehungsweise größeren Umbauten bezirklicher Gebäude die Regenwasserversickerung beziehungsweise –nutzung einplanen. Das Versickern und Einsammeln von Regenwasser in entsprechenden Zisternen entlastet die Kanalisation und kann dazu beitragen, dass ein Überlaufen der Sammelbehälter und damit ein verstärkter Eintrag von Verschmutzungen in die Berliner Gewässer und ein nachfolgendes Fischsterben vermindert werden können. Zudem kann gesammeltes Regenwasser zur Bewässerung genutzt werden, was den Bezirkshaushalt entlastet.

– **Einsamkeit entgegenreten. „Berliner Hausbesuche“ ausweiten**

Fraktion der CDU: Dem Bezirksamt soll sich bei den zuständigen Stellen dafür einsetzen, dass das erfolgreiche Pilotprojekt der „Berliner Hausbesuche“ ausgeweitet wird und möglichst im gesamten Bezirk angeboten werden kann. Das Pilotprojekt der Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, der Bezirke und des Malteser Hilfsdienstes e.V. „Berliner Hausbesuche“ wird sehr gut angenommen. Speziell ausgebildetes Fachpersonal, sogenannte Lotsinnen und Lotsen, informieren im individuellen Gespräch mit den älteren Menschen über die Vielfalt an vorhandenen Angeboten im Bezirk. Entsprechend der individuellen Lebenssituation wird im Rahmen des Hausbesuches in Erfahrung gebracht, welcher Bedarf besteht, um weiterhin ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben im Alter führen zu können.

– **Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle auch für Reinigungsdienstleistungen schaffen**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll im Rahmen der Dienstleistungsverträge mit den Reinigungsfirmen für die Bürodienstgebäude die Arbeitszeiten in den Tag (Daytime Cleaning) rückverlagern, damit die Reinigungskräfte Familie und Arbeit in Einklang bringen können. In einer modernen Gesellschaft sollte allen Mitarbeitenden die Möglichkeit auf mehr Spielräume in der Arbeitszeitgestaltung gegeben werden. Durch den engeren Kontakt der Reinigungskräfte mit den Nutzenden der Objekte ergibt sich eine gesteigerte Wertschätzung der Tätigkeit der Reinigungskräfte durch die Sichtbarkeit der Reinigung für alle Beteiligten.

BVV Neukölln

– **Spielplatztage "Raum für Kinderträume" in Neukölln**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll nach dem Spandauer Vorbild "Raum für Kinderträume" im Bezirk ab den kommenden Jahren regelmäßig Spielplatztage durchführen. In Spandau präsentieren sie verteilt über ca. einen Monat verschiedenste Spielplätze im Bezirk, die jeweils an einem Tag durch besondere Angebote in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken. Als zentrales Highlight gilt dabei das Kinder-Mitmach-Fest auf dem Markt der Spandauer Altstadt mit zahlreichen kostenlosen Aktionen, wie ein Spielplatz-

Puzzle-Wettbewerb, Puppentheater oder eine Hüpfburg. Dieses berlinweit einmalige Projekt unterstützt seit 2006 die Errichtung neuer und die Sanierung bestehender öffentlicher Spiel- und Bolzplätze und fördert somit kontinuierlich Kinder in ihrer Entwicklung.

– **Klima- und Hitzeschutz durch Bäume!**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll künftig mindestens die gleiche Anzahl an Straßen- und Parkbäumen nachpflanzen, wie im Vorjahr gefällt wurden.

– **Unabhängige Beschwerdestelle für von Wohnungslosigkeit betroffene Personen**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einsetzen, dass für ohne festen Wohnsitz bzw. auf der Straße lebende Personen eine Beratungsstelle/Ombudsstelle eingerichtet bzw. finanziert wird, bei der Betroffene von Diskriminierung, Gewalt oder Willkürakten Hilfe und Unterstützung finden. Menschen ohne festen Wohnsitz sind oft von Diskriminierungen oder sogar körperlichen Angriffen betroffen. Die Scheu vor staatlichen Ordnungsbehörden, die z.T. als ablehnend wahrgenommen werden, hindert diese Menschen daran, ihre Erfahrungen und Erlebnisse vorzubringen.

– **Energetische Sanierung Sportgelände - Fördermittel nutzen**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll prüfen, ob das neu aufgelegte Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ für die Finanzierung der energetischen Sanierung der Gebäude der Sportstätten genutzt werden kann. Die Interessenbekundungen sind bis zum 15. September 2023 ausschließlich digital über das Förderportal des Bundes easy-Online einzureichen.

BVV Treptow-Köpenick

– **Spielplätze und Sportplätze auf Schulhöfen an Wochenenden öffnen**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion der SPD, Fraktion Die Linke: Das Bezirksamt soll im Rahmen eines Pilotprojektes in Kooperationen mit Sportvereinen oder Trägern der Jugendarbeit oder Bürgerinitiativen Spielplätze und Sportanlagen auf Schulhöfen an den Wochenenden für die Anwohnerinnen und Anwohner öffnen, um so dem Spielplatz- und Sportstättenmangel im Bezirk entgegenzuwirken.

– **Bürokratieabbau im Bezirksamt**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die Verfahren zur Nutzung von Räumlichkeiten des Bezirksamtes (z. B. in den Rathäusern oder Kiezklubs) hinsichtlich der Nutzerfreundlichkeit überprüfen und verbessern. Zukünftig sollte zusätzlich zum bisherigen Verfahren eine vollkommen digitale Buchung ermöglicht werden. Damit geht auch eine digitale Übersicht über freie Räumlichkeiten einher. Des Weiteren sollte ein vereinfachtes Verfahren bei wiederkehrender Nutzung durch denselben Akteur eingeführt werden. Die Raumbuchung in Gebäuden des Bezirksamtes ist aktuell wenig digitalisiert,

langwierig und mit dem Versand diverser Unterlagen auf dem Postweg verbunden.

– **Verkehrs- und Baustellenkoordination in Treptow-Köpenick einrichten - Überblick in eine Hand**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll eine Stabsstelle "Verkehrs- und Baustellenkoordination" im Straßen- und Grünflächenamt einrichten. Diese sollte als Schnittstelle zwischen den verschiedenen Akteuren fungieren und dabei u.a. geplante Bauvorhaben im Bezirk überblicken, Öffentlichkeitsarbeit zu aktuellen Baugeschehen betreiben und für Konfliktlösung sorgen. Es hat sich gezeigt, dass es an einem Ansprechpartner und Informationen für die Anwohner sowie einer Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren mangelt.

BVV Marzahn-Hellersdorf

– **Spenden ist ein Akt der Solidarität – Blutspende im Bezirk stärken**

Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll den Trägern der Blutspende bezirkliche Flächen wie die Rathäuser und öffentliche Schulen kostenfrei für das Einrichten von temporären Blutspendeaktionen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus soll das Bezirksamt sich mit den Blutspendediensten in Verbindung setzen, um mehr Termine zur Blutspende im Bezirk zu ermöglichen. Jeden Tag sind Patientinnen und Patienten auf diese Spenden angewiesen. Jedoch werden nach Angaben von Transfusionsmedizinern und Blutspendediensten die Vorräte an Blutkonserven immer geringer. Besonders in den Sommermonaten herrscht oft ein Mangel an ausreichend Blutprodukten in den Krankenhäusern.

– **Baumpflanzungen für Neugeborene**

Gruppe "Mensch-Umwelt-Tierschutz": Das Bezirksamt soll für jedes neugeborene Kind im Bezirk anlässlich der Geburt einen Baum pflanzen. Jeder dieser Bäume erhält eine individuelle Identifikationsnummer. Diese wird der Familie mitsamt dem Standort mitgeteilt. Von Geburt an soll für jedes Neugeborene eine Verbundenheit mit unserem Bezirk und der Natur geschaffen werden. Vor diesem Hintergrund soll jedem neugeborenen Kind im Bezirk symbolisch ein Baum geschenkt werden. Baum und Kind wachsen quasi gemeinsam in unserem Bezirk heran.

– **Verbotsschilder für Chemikalien in Springbrunnen**

Gruppe "Mensch-Umwelt-Tierschutz": Das Bezirksamt soll an öffentlichen Plätzen mit Springbrunnen Informations- bzw. Verbotsschilder für das Eingießen von Spülmitteln und anderen Chemikalien aufstellen. Die Schilder sollten, außer in deutsch, in weiteren Sprachen (arabisch, russisch, englisch) verfasst sein. Da öffentliche Springbrunnen auch Tränken für Vögel und andere Tiere der Stadt sind, sollte durch Schilder informiert werden, wie schädlich es für die Tiere ist, wenn Chemikalien in die Brunnen gegossen werden. Es sollte darauf hingewiesen werden, dass die Reinigungskosten der Springbrunnen von den Verursachern zurückgefordert werden.

- **Erfassung und Erstellung einer Übersicht zu barrierearmen Wohnen**
 Fraktion Die Linke: Das Bezirksamt soll, gemäß dem Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der Berliner Leitlinien zur Seniorenpolitik, eine Erfassung über die im Bezirk vorhandenen altersgerechten und barrierefreien Wohnungen erstellen und diese in einer Übersicht zur Einsicht bereitstellen. Des Weiteren soll das Bezirksamt eine Übersicht über ein barrierefreies Wohnumfeld erstellen. Dazu müssen barrierefreie Fußgängerüberwege und Zugänge zu den öffentlichen Verkehrsmitteln erfasst werden. Das Bezirksamt wird ersucht, im Ergebnis der Erarbeitung dieser Übersichten, eine Prioritätenliste für (Bau-)Maßnahmen zur Umsetzung von Barrierefreiheit zu erstellen. Diese Erfassung ist sowohl für ältere und beeinträchtigte Menschen, die auf Rollstühle und Rollatoren angewiesen sind, als auch für Familien mit Kindern, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind von großer Wichtigkeit.
- **Endlich weitere Schritte unternehmen - das Regenbogenzentrum vorantreiben**
 Fraktion der CDU: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll zur zeitnahen Gründung und Eröffnung eines Regenbogenzentrums nach dem von der Queerbeauftragten erarbeiteten Konzept entsprechende Gelder akquirieren. Nachdem im letzten Doppelhaushalt Gelder für die Erstellung eines Konzeptes des Regenbogenzentrums bereitgestellt wurden, ist es nun notwendig, das Projekt als Bezirk aktiv weiter zu verfolgen.
- **Maßnahmen für Klimaschutz im Haushalt sichern**
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll bei der Haushaltsaufstellung darauf achten, dass Maßnahmen für den Klimaschutz keine Kürzungen erfahren. Auch die Maßnahmen zur Umweltbildung werden weiter finanziell abgesichert. Die anhaltende Trockenheit zeigt die deutliche Klimaveränderung. Deshalb müssen alle Maßnahmen zum Klimaschutz auch weiterhin im Haushalt berücksichtigt werden.
- **Triste Baulandschaft kunstvoll nutzen!**
 Fraktion der SPD: Das Bezirksamt soll prüfen, inwiefern an den Bauzäunen zukünftiger Bauvorhaben temporäre Kunstprojekte ausgestellt werden können. Vorrangig soll dabei auf Kunstobjekte von lokalen Kunstschaffenden, Schul- sowie Jugendprojekte zurückgegriffen werden. Als niedrigschwelligen Beitrag zur Förderung von Kultur in den Kiezen können temporäre, an den Bauzäunen angebrachte Kunstprojekte zur Verschönerung des Stadtbildes beitragen. Des Weiteren ermöglicht ein solches Vorhaben die Bekanntmachung und somit Förderung lokaler Kunstschaffender sowie die Förderung junger Talente im Kunstbereich.
- **Sportvereine stärken – Angebotsausbau unterstützen – Modellprojekte für die Sanierung und Weiterentwicklung vorhandener Sportanlagen**
 Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll sich im Rahmen der Sportentwicklungsplanung für die Umsetzung von Modellprojekten zur Sanierung von Sportflächen einsetzen. Dabei soll beispielhaft aufgezeigt werden, wie vorhandene Sportflächen im Rahmen von Sanierungen und

weiterentwickelten Nutzungskonzepten durch mehr Sporttreibende genutzt werden können. Es werden dringend zusätzliche Kapazitäten benötigt, um die Angebote dem Bevölkerungswachstum anzupassen. Dies umfasst neben den eigentliche Sportflächen auch die Ertüchtigung und Erweiterung von Funktionsgebäuden, für Sanitär, Umkleide- und Verwaltungsräume.

– **Sichere Fahrradabstellanlagen**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll gesicherte Fahrradabstellanlagen insbesondere an zentralen Bahnhöfen schaffen. Gesicherte Fahrradabstellanlagen könnten Sicherheitsbedenken gegen das bloße Abstellen von Fahrrädern an Bahnhöfen begegnen und den Umstieg befördern. Da es weiterhin kein landesweit einheitliches Bezahlsystem gibt, sollte der Bezirk mit einem eigenen System starten, welches später umgerüstet werden kann.

BVV Lichtenberg

– **Ein Pilotprojekt für Sozialbegleiter:innen im Familienzentrum ansiedeln**

Fraktion Die Linke: Das Bezirksamt soll in einem Familienzentrum eine Sozialbegleiterin oder einen Sozialbegleiter als Pilotprojekt etablieren, die/der hilfeschenden Familien zu Amtsgängen begleiten und den Hilfs- bzw. Antragsprozess langfristig verfolgen kann. Besonderer Fokus soll auf der Begleitung geflüchteter Familien liegen. Es ist nicht nur das Verständnis großer Antragsberge eine Herausforderung, sondern auch die Orientierung zu und in den Ämtern vor Ort.

– **Starke Mädchen - Mehr Mittel für Mädchensport und Mädchen-Selbstverteidigung**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll im Haushalt zusätzliche Mittel zur Förderung von Mädchensportzentren und Mädchensport allgemein bereitstellen, ein Drittel davon insbesondere zur Förderung von Kursen und Workshops zur Selbstverteidigung und Selbstbehauptung für Mädchen. Mehr kostenfreie Selbstverteidigungsangebote für Mädchen im Bezirk sind sehr sinnvoll. Langfristige Kurse zur Selbstverteidigung und Selbstbehauptung geben Mädchen nicht nur Mittel gegen (sexualisierte) Gewalt an die Hand, sie stärken sie auch allgemein in ihrem Selbstbild.

BVV Reinickendorf

– **Reinickendorfs Wärmeversorgung zukunftssicher machen**

Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll auf Basis des Berliner Energieatlas blockgenau die verfügbaren und geplanten Kapazitäten der einzelnen Quellen für die Wärmeerzeugung wie u.a. Strom, Wasserstoff, grünes Gas und Fernwärme kartografieren, um mögliche Kapazitätsengpässe schon heute aufzuzeigen. Das zu erwartende Gebäudeenergiegesetz wird Investitionen bei den Eigentümern von Häusern und Wohnungen zur Folge haben. Der Berliner Energieatlas (<https://energieatlas.berlin.de>) beinhaltet nicht alle notwendigen

Informationen für die Bürger, um eine fundierte Entscheidung über die individuelle zukünftige Form des Heizens treffen zu können.

– **Leitfaden zur Vorgartengestaltung**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Das Bezirksamt soll einen Leitfaden zur Vorgartengestaltung erarbeiten, um z.B. über insekten- und klimafeindliche Schottergärten aufzuklären und über adäquate Alternativen und geltendes Baurecht zu informieren.

– **Baulückenkataster für Reinickendorf**

Fraktion der FDP: Das Bezirksamt soll ein Baulückenkataster für den Bezirk erstellen, um eine klare Übersicht über bebauungsfähige Grundstücke in privatem und öffentlichem Eigentum zu erhalten. Leerstehende und verfallene Gebäude, die perspektivisch Platz für eine Neubebauung bieten, sollten ebenfalls ausgewiesen werden. Bislang fehlt es an einer systematischen Erfassung und öffentlichen Aufbereitung der Baulücken, die für eine künftige Wohnbebauung in Frage kommen.

– **Fixbus/Konsummobil - Angebote zum Ausstieg aus der Sucht**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll prüfen, an welchen Standorten der Bedarf einer mobilen Einheit eines Konsummobils/Fixbusses für Rauschmittelkonsumenten erforderlich ist. Im Bedarfsfall soll das Bezirksamt verstärkt an diesen Standorten mit den bekannten Suchtberatungsstellen konkrete Angebote zum Ausstieg aus der Sucht, Therapieplatzangebote, mobile ärztliche Versorgung und vermehrte soziale Hilfe/Begleitung anbieten. Das Ziel ist es, neben einem behüteten, legalen und sauberen Drogenkonsum - vor allem vertrauensvolle und persönlich vertiefte Beziehungen aufzubauen, um Drogenkonsumenten von Süchten zu befreien. Im Idealfall sollte dies durch Hilfsangebote begleitet werden, die auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnitten sind.

– **Mehr Sicherheit für Fahrradabstellanlagen durch Videoüberwachung und ausreichende Beleuchtung**

Fraktion der CDU: Das Bezirksamt soll die Sicherheit der Fahrradabstellanlagen an S- und U-Bahnhöfen durch die Einrichtung von Videoüberwachungen und ausreichender Beleuchtung erhöhen. Bei der Aufstellung neuer Fahrradabstellanlagen ist das Bezirksamt aufgefordert, ausreichende Sicherheitsmaßnahmen von vornherein in der Planung und Umsetzung zu berücksichtigen.

App „Berliner BVV-Inspektor“ des KBB jetzt mit verbesserter Suchfunktion

Unser BVV-Inspektor wurde für Sie weiter optimiert. Ein neuer Suchalgorithmus ermöglicht eine noch bessere Suche, die eine Geschwindigkeitssteigerung um mehr als den Faktor 20 bewirkt, die Suche nach mehreren Suchbegriffen ermöglicht und auch eine Suche nach ähnlichen Schreibweisen und das Ausblenden von Tippfehlern realisiert. Veränderte Anforderungen an die Suche können nun flexibel

umgesetzt werden, beispielsweise um weitere Synonyme oder eine veränderte Gewichtung z.B. des Erstellungsdatums einer Drucksache.

Die App führt die Online-Angebote der 12 Berliner Bezirksverordnetenversammlungen zusammen. Sie durchsucht nach Ihren Vorgaben die Webseiten aller BVVen. Wo Sie bisher die Webseiten der Bezirksverordnetenversammlungen einzeln aufrufen mussten, können Sie jetzt mit einer Eingabe berlinweit recherchieren.

Der Berliner BVV Inspektor ist ein kostenloses Angebot des KBB.

Hier gelangen Sie zur App für iPhones und Android-Geräte:

<https://www.apmato.com/asr?app=BVVINSPEKTOR>



Das Kommunalpolitische Bildungswerk Berlin e.V. (KBB)

Wir, das Kommunalpolitische Bildungswerk Berlin e.V. (KBB), wollen die praktische kommunalpolitische Arbeit nachhaltig unterstützen und Interessierte an die Kommunalpolitik in Berlin heranführen. Mit unserer Arbeit wollen wir zum staatsbürgerlichen Handeln befähigen, das demokratische Gemeinwesen befördern und die Belange der Selbstverwaltung im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses wahren.

Unser Angebot umfasst Fachseminare, Fachtagungen, Kurse und Info-Treffs. Wir geben Publikationen heraus und pflegen den Informationsaustausch.

Mit unserer Arbeit möchten wir alle kommunalpolitisch Interessierten in Berlin erreichen, insbesondere kommunale Amts- und Mandatsträger.

Die Arbeit des Kommunalpolitischen Bildungswerks Berlin e.V. wird gefördert durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Senatsverwaltung
für Bildung, Jugend
und Familie



